

Editorial N°21:

Der erste Jahrestag des Beginn des sogenannten „sozialen Ausbruchs“ steht kurz bevor, bei dem Tausende und Abertausende Menschen in ganz Chile auf die Straße gingen, um ihre Rechte einzufordern. Sie wurden militärisch und polizeilich unterdrückt, was zu einer Menschenrechtskrise führte, die seit der Diktatur nicht mehr gesehen worden war.

Das INDH (Instituto Nacional de Derechos Humanos) warnte vor dem langsamen Fortschritt in den meisten Fällen von Menschenrechtsverletzungen, die in diesem Zeitraum begangen wurden. In einigen Fällen, wie dem von Fabiola Campillai, musste fast ein Jahr auf die Anklageerhebung gewartet werden, obwohl der Angeklagte im ersten Moment identifiziert worden war. In anderen Fällen, wie dem von Manuel Rebolledo, der aus verschiedenen Gründen von einem Armeefahrzeug überfahren wurde, wurden einige im Zusammenhang mit der Pandemie stehende Ermittlungsverfahren mehrfach verschoben, und die Ermittlungen scheinen nicht voranzukommen.

In diesem Sinne schätzen wir im jüngsten Fall des Jugendlichen mit den Initialen AAA, der von einem Polizisten während eines Polizeieinsatzes angegriffen wurde im Rahmen eines Protests auf das Flussbett des *Mapocho* fiel, die Geschwindigkeit, mit der die PDI (Policía De Investigaciones De Chile) und die Staatsanwaltschaft gehandelt haben, um den beteiligten Polizisten anzuklagen. Was besorgniserregend ist, ist, dass angesichts der Hintergrundinformationen, die die Staatsanwaltschaft in der Anhörung vorgelegt hat, berichtet wird, dass die Polizei vor Ort bemerkt hat, was passiert ist, sich zurückgezogen hat, ohne sich zu beeilen, um Hilfe zu leisten, und dass sie der Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat, dass der AAA-Teenager festgenommen worden war, was angesichts anderer Informationen, die in der mündlichen Verhandlung vorgelegt wurden, zweifelhaft war. An dieser Stelle ist es wichtig, wie in anderen Fällen, die Befehlsverantwortung zu klären.

Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass es während des sozialen Ausbruchs Hunderte von Menschen gab, die wegen Verbrechen auf der Grundlage des Staatssicherheitsgesetzes angeklagt wurden, von denen sich viele weiter in Untersuchungshaft befinden. Das Staatssicherheitsgesetz entspricht nicht den Standards des ordnungsgemäßen Verfahrens und da nur Exekutivbehörden eine Beschwerde nach diesem Gesetz einreichen können, besteht das Risiko einer Kriminalisierung aus politischen Gründen.

All dies veranlasst uns, die Empfehlungen zu wiederholen, die wir seit November letzten Jahres ausgesprochen haben: Allen Opfer muss Gerechtigkeit gewährt werden und die Verantwortung des Kommandos muss auf höchster Ebene untersucht werden; Es müssen dringend Fortschritte auf dem Weg zu einer umfassenden und strukturellen Reform der Carabineros de Chile erzielt werden, und es müssen Fortschritte im konstituierenden Prozess erzielt werden, um sicherzustellen, dass unsere Verfassung das derzeitige Chile widerspiegelt und die Rechte aller Menschen gleichermaßen schützt.

